

**Lehrplan
zur Vorbereitung auf die Fortbildungsprüfung
zum Verwaltungsfachwirt/zur Verwaltungsfachwirtin
vom 1. Januar 2020**

Nr.	Lehrfach	UE	Üb.-Kl. x Std.
1	Rechtssystematik, Rechtsanwendung	32	
1.1	Rechtssystematik	(16)	
1.2	Rechtsanwendung	(16)	
2	Staats- und Verfassungsrecht, Europarecht	82	1 x 4
2.1	Staats- und Verfassungsrecht	(52)	
2.2	Europarecht	(30)	
3	Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht / Bescheidtechnik / Datenschutzrecht	82	1 x 2 1 x 4
4	Bürgerliches Recht	68	1 x 2
5	Kommunalrecht	60	1 x 2
6	Öffentliches Dienstrecht	60	1 x 2 1 x 4
7	Wirtschaftslehre	56	2 x 2
7.1	Volkswirtschaft	(16)	
7.2	Betriebswirtschaftslehre	(40)	
8	Öffentliches Finanzwesen	160	2 x 2
8.1	Kommunale / staatliche Finanzwirtschaft	(128)	1 x 4
8.2	Grundzüge des Steuerrechts	(32)	
9	Öffentliches Baurecht	48	1 x 2
10	Polizei- und Gewerbeamt	58	1 x 2
11	Sozialrecht	40	1 x 2
12	Kommunikation und Mitarbeiterführung	40	
13	Simulation der praktischen Prüfung	14	
	Gesamt:	800	38

Unterrichtsstunden (á 45 Min.) gesamt:

- Unterricht	800 UE
- Klausuren (38 Std. á 60 Min)	<u>51 UE</u>
	<u>851 UE</u>

Die zuständige Stelle weist darauf hin, dass ausschließlich nach dem in Sachsen geltenden Recht unterrichtet wird. Der Schwerpunkt der Vermittlung der Lehrinhalte muss auf der Methode der Fallbearbeitung beruhen.

Bei aktuellen Gesetzesänderungen ist der von der Hilfsmittelbestimmung festgelegte jeweilige Rechtsstand der VSV-Sachsen Gegenstand der Prüfungen. Der Lehrplan ist im Unterricht an diese Gesetzeslage anzupassen.

Definition der Lernzielstufen

Lernzielstufen:

Die Lernzielstufen stellen Umschreibungen für den angestrebten Grad der Lernintensität dar. Es wird von drei Lernzielstufen ausgegangen; eine Stufe höheren Grades umfasst dabei immer die Stufen des niederen Grades. Im einzelnen sind die Lernzielstufen wie folgt definiert:

Stufe I

Kennen und Wiedergeben (Reproduktion)

Die Teilnehmer-/innen sollen Kenntnisse über ein Wissensgebiet besitzen und ihr Wissen ohne zusätzliche Verarbeitung wiedergeben können.

Stufe II

Ordnen und Verstehen (Reorganisation)

Die Teilnehmer-/innen sollen das erworbene Wissen in seinen Zusammenhängen ordnen und selbstständig verarbeitet wiedergeben können.

Stufe III

Anwenden (Transfer)

Die Teilnehmer-/innen sollen das erworbene Wissen auf neue Sachverhalte übertragen und dabei insbesondere konkrete Probleme (Fälle) sach- und formgerecht lösen können.

Die angegebenen Lernzielstufen sollen dazu dienen, die Schwerpunkte der theoretischen Fortbildung deutlich zu machen. Darüber hinaus sollen sie den Teilnehmern die Vorbereitung auf die Prüfung erleichtern.

Die in der jeweiligen Überschrift festgelegte Lernzielstufe gilt für jeden Unterpunkt, sofern keine gesonderte Lernzielstufe festgelegt wurde.

1. Rechtssystematik, Rechtsanwendung
-32 Unterrichtsstunden,
davon 3 für Anwendungsfälle-

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
1.1	Rechtssystematik		15
1.1.1	Begriff, Bedeutung und Aufgaben des Rechts, insbesondere - Recht im objektiven Sinn und - Recht im subjektiven Sinn	II	
1.1.2	Abgrenzung des Rechts von anderen Lebensordnungen	II	
1.1.3	Einteilung der Rechtsordnung, insbesondere - privates / öffentliches Recht - zwingendes / nachgiebiges Recht - materielles / formelles Recht	III	
1.1.4	Rechtsquellen und Rechtssetzung, insbesondere - Begriff und Einteilung der Rechtsquellen - Normenhierarchie - Abgrenzung zu den Nicht-Rechtsquellen	III	
1.1.5	Umgang mit dem Gesetzestext/Gesetzessammlungen	III	
	<i>Anwendungsfälle:</i> Aufsuchen, Lesen von Rechtsnormen, Verweisteknik		1
1.2	Rechtsanwendung	III	14
1.2.1	Rechtssatz		
1.2.1.1	Aufbau		
1.2.1.2	Subsumtion		
1.2.2	Auslegung und Ergänzung von Rechtssätzen	II	
1.2.2.1	Auslegungsregeln		
1.2.2.2	Lückenausfüllung		

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
<p>1.2.3 Technik der Fallbearbeitung</p> <p>1.2.3.1 allgemeine Regeln, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erfassung des Sachverhaltes - Herausarbeitung der Parteibehrehrn - Aufsuchen der Rechtsgrundlage - Subsumtion des Sachverhaltes - Bestimmung der Rechtsfolge <p>1.2.3.2 Stilarten</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gutachtenstil - Urteilsstil <p>1.2.3.3 Aufbau- und Prüfungsschemata zur Bearbeitung und Lösung öffentlich-rechtlicher Fallgestaltungen</p>		
<p>Anwendungsfälle: öffentlich-rechtliche Fallbearbeitung</p>		2

2. Staats- und Verfassungsrecht, Europarecht
- 82 Unterrichtsstunden,
davon 13 für Anwendungsfälle-
 1 Übungsklausur á 240 Minuten

2.1. Staats- und Verfassungsrecht
-52 Unterrichtsstunden,
davon 10 für Anwendungsfälle-

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
2.1.1		
Tragende Grundsätze des Grundgesetzes / Entstehung des Grundgesetzes	III	8
2.1.1.1		
Bundesstaat		
- Staat		
- Föderalismus		
- Homogenität		
2.1.1.2		
Demokratie		
2.1.1.2.1		
Wesensmerkmale		
2.1.1.2.2		
Unmittelbare und mittelbare Demokratie		
2.1.1.3		
Rechtsstaat		
2.1.1.3.1		
Gewaltenteilung		
2.1.1.3.2		
Gewährleistung persönlicher Grundrechte		
2.1.1.3.3		
Rechtssicherheit – Gerechtigkeit		
2.1.1.3.4		
Gesetzmäßigkeit der Verwaltung		
2.1.1.3.5		
Grundsatz der Verhältnismäßigkeit		
2.1.1.3.6		
Rechtsschutz durch unabhängige Richter		
2.1.1.3.7		
Justizgrundrechte		
2.1.1.4		
Sozialstaat		
2.1.1.5		
Republik		
Anwendungsfälle		2
2.1.2		
Allgemeine Grundrechtslehren	II	2
2.1.2.1		
Bedeutung der Grundrechte		
2.1.2.2		
Drittwirkung der Grundrechte		
2.1.2.3		
Beschränkung von Grundrechten	III	
2.1.2.4		
Sicherung der Grundrechte		
2.1.3		
Einzelne Grundrechte des Grundgesetzes	III	10
2.1.3.1		
Menschenwürde		
2.1.3.2		
Allgemeine Handlungsfreiheit		

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte	
2.1.3.3	Gleichheit		
2.1.3.4	Meinungsfreiheit		
2.1.3.5	Versammlungsfreiheit		
2.1.3.6	Berufsfreiheit		
2.1.3.7	Eigentum	II	
2.1.3.8	Petitionsrecht	II	
2.1.4	Staatsfunktionen	II	6
2.1.4.1	Gesetzgebung einschließlich Änderung der Gesetzgebung	III	
2.1.4.2	Verwaltung / Aufbau		
2.1.4.3	Rechtsprechung - Rechtswege - Instanzen		
2.1.5	Bundesorgane	III	6
2.1.5.1	Bundestag, insbesondere Stellung der Abgeordneten sowie Gesetzgebung und Kontrolle		
2.1.5.2	Bundesrat		
2.1.5.3	Gemeinsamer Ausschuss		
2.1.5.4	Bundespräsident / Bundesversammlung		
2.1.5.5	Bundesregierung		
2.1.5.6	Bundesverfassungsgericht	II	
	Anwendungsfälle		2
2.1.6	Rechtsbehelfsmöglichkeiten		4
2.1.6.1	Abstrakte und konkrete Normenkontrolle	II	
2.1.6.2	Verfassungsbeschwerde	III	
	Anwendungsfälle		6

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
2.1.7	Verfassung des Freistaats Sachsen	II	6
2.1.7.1	Sächsische Verfassung (SV) und ihr Verhältnis zum Grundgesetz		
2.1.7.1.1	Gesetzgebung einschließlich Änderung SV	III	
2.1.7.1.2	Verwaltung - Staatsverwaltung - Kommunalverwaltung		
2.1.7.1.3	Rechtsprechung		
2.1.7.2	Staatsfunktionen		
2.1.7.3	Oberste Staatsorgane	III	
2.1.7.3.1	Landtag, insbesondere Stellung der Abgeordneten, Gesetzgebung und Kontrolle		
2.1.7.3.2	Staatsregierung		
2.1.7.3.3	Verfassungsgerichtshof		
2.1.7.4	Grundrechte und Staatsziele der SV	III	
2.1.7.4.1	Datenschutz (Grundrecht)		
2.1.7.4.2	Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (Staatsziel)		
2.1.7.4.3	Recht auf menschenwürdiges Dasein (Staatsziel)		

**2.2 Europarecht
-30 Unterrichtsstunden,
davon 3 für Anwendungsfälle-**

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
2.2.1	Gründung und Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften, primäres Gemeinschaftsrecht	I	5
2.2.1.1	Ausgangslage, Grundverständnis insbesondere nach dem 2. Weltkrieg Intentionen, Akteure und Aktivitäten		
2.2.1.2	Die Verankerung/ Verortung des europäischen Gedankens in den deutschen Verfassungen (Grundgesetz- insbesondere die Struktur-, Bestandssicherungs- und Partizipationsklausel Art. 23 GG, Sächsische Verfassung, Sächsische Kommunalverfassungen)		
2.2.1.3	Die Verträge/ Primäres Gemeinschafts- und Unionsrecht (Protokolle, Anlagen); inklusive der Beitrittsverträge		
2.2.1.3.1	Die Gründungsverträge		
2.2.1.3.2	Änderungen/Ergänzungen und Reformverträge		
2.2.1.3.3	Verbindlichkeit des Gemeinschaftsrechts für die Bundesrepublik Deutschland		
2.2.2	Andere Europäische Organisationen	I	1
2.2.2.1	Europarat		
2.2.2.2	OECD		
2.2.2.3	OSZE		
2.2.3	Quellen des Unionsrechts	I	1
2.2.3.1	Das primäre Unionsrecht (Gründungsverträge, Anhänge, Protokolle, Vertragsänderungen und –ergänzungen)	II	
2.2.3.2	Das sekundäre Unionsrecht („abgeleitetes“ Unionsrecht, d. h. das von den Organen geschaffene Unionsrecht)	II	
2.2.3.3	Das tertiäre Unionsrecht (Rechtsakte, insbes. ohne Gesetzescharakter, die auf der Grundlage von Sekundärakten ergangen sind)		

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
2.2.4	Die Struktur der EU und das Verhältnis der Mitgliedsstaaten zur EU	II	8
2.2.4.1	Die Struktur der EU - Die EU als Staatenverbund - grundlegende Werte und Ziele - Rechtspersönlichkeit - Bürgerbegehren - Mitspracherecht nationaler Parlamente - Beitritt/Austritt/Ausschluss aus der EU - unbefristete Geltung - Symbole der EU		
2.2.4.2	Die Kompetenzen der EU - Die Mitgliedsstaaten als „Herren der Verträge“ - Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, der Kohärenz und der Flexibilitätsklausel - Die Struktur der Kompetenzverteilung zwischen EU und den Mitgliedsstaaten - Arten von Zuständigkeiten (ausschließliche, geteilte, koordinierende und unterstützende sowie ergänzende Zuständigkeit) - Das Subsidiaritäts- und das Verhältnismäßigkeitsprinzip als Kompetenzausübungsschranken		
2.2.4.3	Die Organe und ihre Aufgaben - Das institutionelle Gleichgewicht der Organe/“checks and balances“		
2.2.5	Die Rechtssetzung durch die Union	I	3
2.2.5.1	Kompetenzen der EU - Verbandskompetenz - Supranationalität der EU		

Lerninhalte		Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
2.2.5.2	Rechtssetzungsverfahren - ordentliches Gesetzgebungsverfahren - besonderes Gesetzgebungsverfahren (Anhörungs- und Zustimmungsverfahren)		
2.2.5.3	Handlungsformen der EU-Organe/Umsetzung und Wirkung	II	(2)
2.2.5.3.1	gekennzeichnete Handlungsformen - Verordnung - Richtlinie - Beschluss - Stellungnahme - Empfehlung		
2.2.5.3.2	Ungekennzeichnete Handlungsformen, z. B. Aktion, Programm		
2.2.6	Der Vollzug des Unionsrechts	I	1
2.2.6.1	Der Vollzug durch die EU selbst		
2.2.6.2	Der Vollzug durch die Mitgliedsstaaten		
2.2.7	Die Rechte der Bürger in der EU	III	6
	- Grundfreiheiten (Binnenmarkt = Freiheit des Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs)		
	- Beihilferecht		
	- Allgemeines Diskriminierungsverbot (Inländergleichbehandlungsanspruch)		
	- Die Unionsbürgerschaft (insbesondere Freizügigkeit, Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen, diplomatischer/konsularischer Schutz, Petitionsrecht, Informationsrecht, Beschwerderecht an den Bürgerbeauftragten, an Organe/Einrichtungen der EU)		
	- Grundrechte-Charta,		
	- Europäische Menschenrechtskonvention, (EMRK)	II	

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
2.2.8	Die Unionsgerichtsbarkeit und die Verfahren vor der Unionsgerichtsbarkeit	II	2
2.2.8.1	Organisation und Aufgaben der EU-Gerichtsbarkeit - Gerichtshof - Gericht - Fachgericht		
2.2.8.2	Verfahrensarten - Vertragsverletzungsverfahren (z. B. Rückforderung - unionswidriger Beihilfen) - Nichtigkeitsklage - Untätigkeitsklage - Vorabentscheidungsverfahren		
2.2.9	<i>komplexe themenübergreifende Anwendungsfälle</i>		3

3. Allgemeines Verwaltungsrecht und Verwaltungsprozessrecht/ Bescheidtechnik
-82 Unterrichtsstunden
inkl. Anwendungsfälle-
 1 Übungsklausur á 120 Minuten
 1 Übungsklausur á 240 Minuten

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
3.1 Begriff, Arten und Träger der öffentlichen Verwaltung	I	2
3.2 Grundsätze des Verwaltungshandelns	III	6
3.2.1 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung		
3.2.2 Gleichheitsgrundsatz		
3.2.3 Grundsatz des pflichtgemäßen Ermessens		
3.2.4 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit		
3.2.5 Grundsatz von Treu und Glauben		
3.2.6 Grundsatz der Wirtschaftlichkeit		
3.2.7 Grundsatz der Bürgerfreundlichkeit		
3.3 Begriff, Arten, Ablauf und Grundsätze des Verwaltungsverfahrens	III	6
3.3.1 Begriff des Verwaltungsverfahrens		
3.3.2 Arten des Verwaltungsverfahrens		
3.3.3 Ablauf des nichtförmlichen Verfahrens		
3.3.4 Grundsätze des Verwaltungsverfahrens		
3.4 Verwaltungsakt	III	10
3.4.1 Begriff		
3.4.2 Merkmale		
3.4.3 Bekanntgabe, Wirksamkeit und Bestandskraft		
3.4.4 Nebenbestimmungen		
3.5 Aufbau eines Erstbescheides	III	4
3.6 Fehlerhaftigkeit eines Verwaltungsaktes	III	6
3.6.1 Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsaktes		
3.6.2 Einfache und absolute Rechtswidrigkeit		
3.6.3 Heilung von Verfahrens- und Formfehlern		
3.6.4 Unbeachtlichkeit von Fehlern		
3.7 Behördliche Aufhebung von Verwaltungsakten	III	8
3.7.1 Rücknahme		
3.7.2 Widerruf		
3.7.3 Wiederaufgreifen des Verfahrens		
Anwendungsfälle <i>zu Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten</i>		
3.8 Der öffentlich-rechtliche Vertrag	II	4

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
3.9	Vollstreckung von Verwaltungsakten	II	8
3.9.1	Vollstreckung von Leistungsbescheiden		
3.9.2	Vollstreckung von sonstigen Verwaltungsakten		
3.10	Rechtsschutz	III	28
3.10.1	Formlose und förmliche Rechtsbehelfe	II	(2)
3.10.2	Widerspruch		(12)
3.10.2.1	Arten des Widerspruchs		
3.10.2.2	Ablauf des Widerspruchsverfahrens		
3.10.2.3	Erfolgsaussichten des Widerspruchs		
	<i>Anwendungsfälle zu Erfolgsaussichten des Widerspruchs</i>		
3.10.3	Bescheide im Widerspruchsverfahren		(4)
3.10.3.1	Abhilfebescheid		
3.10.3.2	Widerspruchsbescheid		
3.10.4	Die verwaltungsgerichtliche Klage		(8)
3.10.4.1	Klagearten (Überblick)		
3.10.4.2	Allgemeine Prozessvoraussetzungen/ Verfahrensgrundsätze		
3.10.4.3	Ablauf des Klageverfahrens (Überblick)		
	<i>Anwendungsfälle</i>		
3.10.4	Vorläufiger Rechtsschutz	II	(2)

4. Bürgerliches Recht
-68 Unterrichtsstunden,
davon 10 für Anwendungsfälle-
 1 Übungsklausur á 120 Minuten

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
4.1	Einführung	III	2
4.1.1	Systematik		
4.1.2	Leitgedanken		
4.1.2.1	Prinzip der Privatautonomie		
4.2	Allgemeiner Teil	III	12
4.2.1	Rechtssubjekte		
4.2.1.1	Rechtsfähigkeit		
4.2.1.2	Geschäftsfähigkeit		
4.2.1.3	Deliktsfähigkeit		
4.2.2	Rechtsobjekte, insbes. Sachen		
4.2.3	Rechtsgeschäft und Vertrag		
4.2.3.1	Willenserklärungen		
	- Begriff		
	- Arten		
	- Wirksamkeit		
4.2.3.2	Rechtsgeschäfte		
	- einseitige		
	- zwei- oder mehrseitige		
	- Verpflichtungsgeschäft		
	- Verfügungsgeschäft		
4.2.3.3	Zustandekommen von Verträgen		
4.2.4	Fehlerhafte Rechtsgeschäfte		
4.2.4.1	Nichtigkeit		
	- Formmangel		
	- Gesetzesverstoß		
	- Sittenwidrigkeit		
4.2.4.2	Anfechtbare Rechtsgeschäfte		
	- Irrtum		
	- Täuschung oder Drohung		
	- Schadensersatzpflicht des Anfechtenden		
4.2.5	rechtsgeschäftliche Stellvertretung		
4.2.5.1	Begriff und Wirkung		
4.2.5.2	Gesetzliche Vertretung	I	
4.2.5.3	Rechtsgeschäftliche Stellvertretung		
	- Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht		

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
4.2.6	Verjährung	II	
4.2.6.1	Begriff und Wirkung		
4.2.6.2	Verjährungsfristen		
4.2.6.3	Hemmung		
4.3	Recht der Schuldverhältnisse	III	30
4.3.1	Begründung von Schuldverhältnissen		
4.3.2	Inhalt von Schuldverhältnissen		
4.3.2.1	Bestimmtheit der Leistung		
4.3.2.2	Leistungsort		
4.3.2.3	Leistungszeit		
4.3.2.4	Grundsatz von Treu und Glauben		
4.3.2.5	Stückschuld und Gattungsschuld		
4.3.3	Verantwortlichkeit des Schuldners		
4.3.3.1	Verschulden des Schuldners		
4.3.3.2	Verantwortlichkeit für fremdes Verschulden - Erfüllungsgehilfe - Verrichtungsgehilfe		
4.3.4	Leistungsstörungen		
4.3.4.1	anfängliche Unmöglichkeit		
4.3.4.2	nachträgliche Unmöglichkeit		
4.3.4.3	verspätete Leistung		
4.3.4.4	Schlechterfüllung		
4.3.4.5	Verletzung von Nebenpflichten		
4.3.4.6	Pflichtverletzung im Vorfeld eines Vertrages (vorvertragliches Schuldverhältnis)		
4.3.5	Beendigung von Schuldverhältnissen	II	
4.3.5.1	Erfüllung		
4.3.5.2	Hinterlegung		
4.3.5.3	Aufrechnung		
4.3.5.4	Erlass		
4.3.5.5	Rücktritt		
4.3.6	Schadensersatzpflicht		
4.3.6.1	Begriff des Schadens		
4.3.6.2	Arten des Schadens		
4.3.6.3	Art und Umfang der Ersatzpflicht		
4.3.7	Einzelne Schuldverhältnisse		
4.3.7.1	Kaufvertrag - Hauptleistungspflichten - Gewährleistungsrechte des Käufers - Verbrauchsgüterkauf		

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
4.3.7.2 Mietvertrag - Hauptleistungspflichten - Mängelrechte des Mieters - Beendigung von Mietverhältnissen	II	
4.3.7.3 Leihvertrag Pflichten des Entleihers	II	
4.3.7.4 Darlehensvertrag - Hauptleistungspflichten - Abgrenzung Sachdarlehen und Gelddarlehen	II	
4.3.7.5 Dienstvertrag - Hauptleistungspflichten - Beendigung von Dienstverhältnissen		
4.3.7.6 Werkvertrag - Hauptleistungspflichten - Gewährleistung beim Werkvertrag		
4.3.7.7 Unerlaubte Handlungen - Überblick - Grundtatbestände der Verschuldenshaftung (§ 823 Abs. 1) - Sondertatbestände der Verschuldenshaftung (§§ 831, 832, 839) - Haftung mehrerer Personen	II	
4.3.7.8 Ungerechtfertigte Bereicherung - Überblick - Leistungskondiktion (§ 812 Abs. 1 Nr. 1 1. Alt.) - Nichtleistungskondiktion (§ 816 Abs. 1 S.1)	II	
4.4 Sachenrecht	II	10
4.4.1 Allgemeines		
4.4.1.1 Systematik des Sachenrechts		
4.4.1.2 Prinzipien des Sachenrechts		
4.4.2 Besitz		
4.4.2.1 Besitzarten		
4.4.2.2 Erwerb und Verlust des unmittelbaren Besitzes		
4.4.2.3 Besitzschutz		
4.4.3 Recht der beweglichen Sachen	III	
4.4.3.1 Erwerb und Verlust durch Rechtsgeschäft, auch vom Nichtberechtigten		
4.4.3.2 Erwerb und Verlust kraft Gesetz		
4.4.3.3 Eigentumsschutz		
4.4.3.4 Pfandrecht - Vermieterpfandrecht - Unternehmerpfandrecht	I	

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
4.4.4	I	
4.4.4.1	III	
4.4.4.2		
4.4.4.3		
4.5	III	1
Familienrecht - Verwandtschaft und Schwägerschaft		
4.6	II	3
4.6.1		
Grundbegriffe und Grundsätze des Erbrechts		
4.6.2		
Gesetzliche Erbfolge		
4.6.2.1		
4.6.2.2.		
4.6.3		
Gewillkürte Erbfolge, insbesondere Testamente		
4.7		10
Anwendungsfälle		

5. Kommunalrecht
-60 Unterrichtsstunden,
davon 10 für Anwendungsfälle-
 1 Übungsklausur á 120 Minuten

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
5.1	Die kommunalen Gebietskörperschaften und ihre Aufgaben		6
5.1.1	Rechtsquellen	I	
5.1.2	Ausprägung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts	II	
5.1.2.1	Verhältnis des Staates zu den kommunalen Körperschaften		
5.1.2.2	Einteilung der kommunalen Körperschaften		
5.1.2.3	Gemeinde und Landkreis als Träger der kommunalen Selbstverwaltung		
5.1.3	Kommunale Aufgaben	III	
5.1.3.1	Weisungsfreie Aufgaben		
5.1.3.2	Weisungsaufgaben		
5.1.4	Gemeinden und Landkreise als rechtsfähige Gebietskörperschaften		
5.1.4.1	Eigenschaften		
5.1.4.2	Änderungen des Gemeindegebietes		
5.1.4.3	Name, Wappen usw.		
5.2	Einwohner, Bürger der Gemeinde und des Landkreises	III	5
5.2.1	Einwohner, Bürger, Unionsbürger, Begriffe		
5.2.2	Rechte und Pflichten der Einwohner, insbesondere Einwohnerversammlung, Einwohnerantrag		
5.2.3	Rechte und Pflichten der Bürger, insbesondere Bürgerbegehren und Bürgerentscheid		
5.2.4	Öffentliche Einrichtung		
	<i>Anwendungsfälle bezogen auf 5.1 und 5.2</i>		2
5.3	Organe und Verwaltung der Gemeinde und des Landkreises	III	16

5.3.1	Der Gemeinderat / Kreistag - Rechtsstellung und Aufgaben - Wahlen		
5.3.2	Ausschüsse und Beiräte - Beratende und Beschließende Ausschüsse - Beiräte		
5.3.3	Bürgermeister / Landrat - Rechtsstellung, Aufgaben - Stellenvertretung, Amtsverweser - Wahl		
5.3.4	Beigeordnete		
5.3.5	Bedienstete		
5.3.6	Kommunalverfassungsstreitverfahren	II	
	<i>Anwendungsfälle zu Aufgaben, Wahlen (Gemeinderat, Bürgermeister)</i>		2
5.4	Geschäftsgang und Willensbildung	III	6
5.4.1	Vorbereitung und Einberufung der Sitzungen		
5.4.2	Vorsitz, Verhandlungsleitung		
5.4.3	Handhabung der Ordnung, Hausrecht		
5.4.4	Sitzungszwang und Teilnahmepflicht		
5.4.5	Öffentlichkeit		
5.4.6	Befangenheit		
5.4.7	Beschlussfassung - Beschlussfähigkeit - Abstimmung - Wahlen		
5.4.8	Niederschrift		
5.4.9	Vollzug der Beschlüsse - Widerspruch gegen Beschlüsse		
5.5	Besondere Verwaltungsformen der Gemeinde	II	2
5.5.1	Ortschaftsverfassung		
5.5.2	Stadtbezirksverfassung		
	<i>Anwendungsfälle zu 5.4 und 5.5</i>		3

5.6	Rechtssetzung durch die Gemeinden / Landkreise	III	6
5.6.1	Rechtssetzung im weisungsfreien Bereich		
5.6.2	Rechtssetzung im Weisungsbereich		
5.6.3	Verfahren		
5.6.4	Heilungsmöglichkeiten		
5.6.5	Besonderheiten der Hauptsatzung		
5.7	Aufsicht	III	3
5.7.1	Wesen der Aufsicht		
5.7.2	Rechtsaufsicht		
5.7.3	Fachaufsicht		
5.7.4	Rechtsbehelfe gegen aufsichtliche Maßnahmen		
	<i>Anwendungsfälle zu 5.6 und 5.7</i>		2
5.8	Formen kommunaler Zusammenarbeit	II	3
5.8.1	Formen der Kommunalen Zusammenarbeit		
5.8.2	Zweckverband		
5.8.3	Verwaltungsgemeinschaft		
5.8.4	Verwaltungsverband		
5.8.5	Zweckvereinbarung		
	<i>Anwendungsfälle</i>		1
5.9	Wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden und Landkreisen	II	3
5.9.1	Regiebetrieb		
5.9.2	Eigenbetrieb		
5.9.3	Unternehmen in Privatformen		

6. Öffentliches Dienstrecht
-60 Unterrichtsstunden,
davon 16 für Anwendungsfälle-
 1 Übungsklausur á 120 Minuten
 1 Übungsklausur á 240 Minuten¹

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
6.1 Einführung in das Arbeitsrecht	III	12
6.1.1 Ziel und Zweck, Grundlagen und Begriffe des Arbeitsrechts einschließlich der verfassungsrechtlichen Grundlagen	II	
6.1.2 Regelungsbereiche des Arbeitsrechts		
6.1.2.1 Grundlagen des Individualarbeitsrechts		
<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsvertragsrecht, insbesondere das Arbeitsverhältnis, der Arbeitsvertrag (Abgrenzungsprobleme) - Arbeitsschutzrecht, insbesondere Arbeitsschutzrecht für Jugendliche und für werdende Mütter, Behinderte und Wehrdienstpflichtige 		
6.1.2.2 Grundlagen des Kollektiven Arbeitsrechts		
<ul style="list-style-type: none"> - Tarifvertragsrecht - Personalvertretungsrecht, insbesondere Beteiligungsrechte 		
6.1.2.3 Grundlagen der Arbeitsgerichtsbarkeit, insbesondere sachliche Zuständigkeit		
Anwendungsfälle		1
6.2 Dienst- und Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Dienst	II	1
6.3 Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst (ohne Überleitungsvorschriften)	III	22
<i>Hinweis:</i> <i>Vermittlung anhand des TVöD oder TV-L (je nach Teilnehmerkreis)</i>		
6.3.1 Rechtsgrundlagen, insbesondere einschlägige Tarifverträge und deren Anwendbarkeit		
6.3.2 Begründung des Arbeitsverhältnisses		
<ul style="list-style-type: none"> - Grundlagen - Form und Inhalt des Arbeitsvertrages, u. a. auch Befristung von Arbeitsverträgen 		

¹ BGB/öff. Dienstrecht

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
Anwendungsfälle		2
6.3.3 Rechte und Pflichten von Arbeitnehmer und Arbeitgeber		
6.3.3.1 Übersicht	II	
6.3.3.2 Rechte der Arbeitnehmer		
- Eingruppierung, Entgelt und persönliche Zulage	II	
- Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle		
- Urlaub und Arbeitsbefreiung		
- weitere Rechte	II	
- Wahrung von Ansprüchen aus dem Arbeitsverhältnis		
- Ausschlussfrist		
Anwendungsfälle		4
6.3.3.3 Pflichten der Arbeitnehmer		
- Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis		
- Verhaltenspflichten		
- Folgen aus der Verletzung von Pflichten		
6.3.4 Beendigung des Arbeitsverhältnisses		
- Gründe		
- Verfahren		
- Änderungskündigung		
- Kündigungsschutz		
Anwendungsfälle		4
6.4 Besonderheiten des TV-L bzw. TVöD	I	2
6.5 Beamtenrecht	II	7
6.5.1 Beamtenrechtliche Grundbegriffe		
6.5.2 Arten von Beamtenverhältnissen	III	
6.5.3 Ernennungen im Beamtenverhältnis	III	
6.5.4 Beendigung des Beamtenverhältnisses		
Anwendungsfälle		3
Abschließende komplexe Anwendungsfälle		2

Hinweis: Der Lehrplan unterscheidet sich zum vorherigen hinsichtlich der Struktur. Infolge der neuen Tarifverträge können unter Pkt. 6.1 nur die Grundlagen des Arbeitsrechts vermittelt werden. Die Anwendung der allgemeinen Gesetze unter Berücksichtigung der tariflichen Regelungen sollte dann unter Pkt. 6.3 erfolgen. In der Prüfung wird den Teilnehmern eine Wahlmöglichkeit (TVöD oder TV-L) eingeräumt, so dass die Prüfungsaufgabe je nach Vermittlung im Lehrgang gelöst werden kann.

7. Wirtschaftslehre
-56 Unterrichtsstunden,
davon 10 für Anwendungsfälle-
 2 Übungsklausuren á 120 Minuten

7.1 Volkswirtschaft
-16 Unterrichtsstunden-

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
7.1.1	Grundlagen des Wirtschaftens	II	4
7.1.1.1	Inhalt, Notwendigkeit und Prinzipien des Wirtschaftens		
7.1.1.2	Wirtschaftskreisläufe		
7.1.1.3	Bruttoinlandprodukt, Bruttonationaleinkommen, Volks- einkommen		
7.1.2	Markt und Preis	II	4
7.1.2.1	Marktarten, Marktformen, Markttypen		
7.1.2.2	Bestimmungsgründe der Nachfrage		
7.1.2.3	Bestimmungsgründe des Angebots		
7.1.2.4	Preisbildung in der Marktwirtschaft		
7.1.3	Wirtschaftspolitik	II	8
7.1.3.1	Begründung der staatlichen Marktintervention		
7.1.3.2	Wirtschaftspolitische Zielsetzungen und Zielkonflikte		
7.1.3.3	Staatliche Konjunkturpolitik und ihre Instrumente		
7.1.3.4	Geld und Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB)		

7.2 Betriebswirtschaftslehre
-40 Unterrichtsstunden,
inkl. Anwendungsfälle-

Achtung, die Betriebswirtschaftslehre ist nach der Kommunalen/ Staatlichen Finanzwirtschaft (LP-Punkt 8.1) zu behandeln.

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
7.2.1 Grundlagen des Wirtschaftens in Verwaltungsbetrieb	II	8
7.2.1.1 Notwendigkeit und Prinzipien des Wirtschaftens		
7.2.1.2 Teilnahme der Gemeinde am Wirtschaftsleben (GemO)		
7.2.1.3 Betriebstypen		
7.2.1.4 Rechtsformen, insbesondere öffentlicher Betriebe		
7.2.1.5 Materielle und formelle Privatisierung		
7.2.1.6 Produktionsfaktoren im Verwaltungsbetrieb (VB)		
7.2.1.7 Funktionsbereiche und ihre Besonderheiten im VB		
7.2.2 Besonderheiten der kaufmännischen Doppik gegenüber der kommunalen Doppik	III	4
7.2.2.1 Rechnungssysteme in der Verwaltung		
7.2.2.2 Abgrenzung der Kameralistik zum kaufmännischen Rechnungswesen, Einordnung der Doppik		
7.2.2.3 Betriebswirtschaftliche Rechnungsgrößen: Einnahmen – Ausgaben Einzahlungen – Auszahlungen Erträge – Aufwand		
<i>Anmerkung zu 7.2.2:</i> <i>Die doppelte Buchführung wird komplett im Rahmen der kommunalen Doppik behandelt.</i> <i>Die Unterschiede zwischen kommunaler Doppik und kaufmännischer Buchführung sollen in einer kurzen Gegenüberstellung erklärt werden.</i>		
7.2.3 Kosten- und Leistungsrechnung	II	14
<i>Anmerkung: muss vor der Investitionsrechnung erfolgen</i>		
7.2.3.1 Kostenrechnungssysteme (Überblick) Einteilung nach Zeitbezug - Istkostenrechnung - Normalkostenrechnung - Plankostenrechnung		

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
	Einteilung nach Sachumfang - Vollkostenrechnung - Teilkostenrechnung		
7.2.3.2	Kostenartenrechnung		
7.2.3.3	Kostenstellenrechnung und Betriebsabrechnungsbogen (BAB)		
7.2.3.4	Kostenträgerrechnung		
7.2.3.5	Teilkostenrechnung Deckungsbeitragsrechnung Gewinnschwellenrechnung (Break-even-Point-Berechnung)		
	Anwendungsfälle		
7.2.4	Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen/Investitionsrechnungen	II	14
7.2.4.1	Überblick (Betriebswirtschaftliche Verfahren Volkswirtschaftliche Verfahren)		
7.2.4.2	Betriebswirtschaftliche Verfahren - statische Investitionsrechnungen, insbesondere Kostenvergleichsrechnungen in öffentl. Verwaltungen - dynamische Investitionsrechnungen - Kapitalwertmethode - Annuitätenmethode - interne Zinsfußmethode		
	Anwendungsfälle		

**8. Öffentliches Finanzwesen
-160 Unterrichtsstunden,**

2 Übungsklausuren á 120 Minuten
1 Übungsklausur á 240 Minuten

8.1 Kommunale Finanzwirtschaft
für Teilnehmer aus kommunalen Behörden
-128 Unterrichtsstunden,
inkl. Anwendungsfälle-

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
8.1.1 Öffentliche Finanzwirtschaft - Rechtsgrundlagen - Finanzhoheit und Finanzverfassung - Kommunaler Finanzausgleich - Finanzausstattung der Gemeinden	II	6 (2) (4)
8.1.2 Grundlagen des doppelten Haushalts- und Rechnungswesen - Rechtliche Grundlagen des NKHR in Sachsen - Abgrenzungen zum Handelsrecht - 3-Komponenten-System (Inhalt, Gegenstand, Ziele) - betriebswirtschaftliche Grundlagen (u.a. die Begriffe Auszahlung, Aufwand, Einzahlung, Ertrag, Abschreibungen)	II	12 (1) (1) (10)
Anwendungsfälle		
8.1.3 Buchführung im NKHR - Inventar, Inventurrichtlinie, Erst- und Folgeinventur - Bilanz - Buchen auf Bestandskonten - Buchen auf Ergebniskonten, ergebniswirksame und ergebnisunwirksame Verwaltungsvorfälle - Buchen auf den Finanzkonten/Zahlungskonten - Finanzrechnung - Ergebnisrechnung - Organisation der Buchführung, Zahlungsabwicklung (Haupt- und Nebenbuchführung), Kontenrahmen - Zahlungsabwicklung durch die Kasse	III	26
Anwendungsfälle		
8.1.4 Bilanzierung 8.1.4.1 Aktiva - Vermögenserfassung und –bewertung - Aufbau- und Organisation der Anlagenbuchhaltung	II	20 (10)

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
<ul style="list-style-type: none"> - Begriff und Ermittlung der Anschaffungs- und Herstellungskosten nach KomHVO - Abnutzung von Vermögensgegenständen, Veränderungen bei der Restnutzungsdauer, werterhöhende Investitionen, Folgebewertung, (vorzeitige) Beendigung der Nutzungsdauer - Bewertung des Umlaufvermögens - Wertberichtigungen <p>Anwendungsfälle</p>		
<p>8.1.4.2 Passiva</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sonderposten und Rücklagen - Rückstellungen - Verbindlichkeiten - Rechnungsabgrenzungsposten <ul style="list-style-type: none"> - Begriff - Erfassung, Buchung - Auflösung - Bestandsveränderungen - Begründende Sachverhalte - Übersichten zum Anhang des Jahresabschlusses 		(6)
<p>8.1.4.3 Grundsätze ordnungsgemäßer öffentlicher Buchführung und Bilanzierung</p>		(4)
<p>8.1.5 Jahresabschluss</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gegenstand und Verfahren der Aufstellung des Jahresabschlusses nach SächsGemO - Bestandteile - Abschluss der Erfolgs- und Bestandskonten, Abschluss der Finanzkonten - Periodenabgrenzung - Sonstige Abschlussarbeiten - Rechenschaftsbericht - Anlagen - Übertragung von Ermächtigungen - Ausblick konsolidierter Gesamtabschluss 	II	6
<p>8.1.6 Analyse und Kennzahlen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Analyse der kommunalen Bilanz - Analyse der Ergebnisrechnung und Finanzrechnung - Kennzahlen 	II	5
<p>8.1.7 Haushaltsrecht</p> <p>8.1.7.1 Grundlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Funktion des Haushalts als Planungsinstrument - Haushaltskreislauf 	II	43 (16)

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
- Grundlagen der Haushaltsplanung - Allgemeine und besondere Haushaltsgrundsätze	III	(8)
8.1.7.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplan		(16)
- Wesen der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans	III	
- Genehmigungspflichtige Festsetzungen	III	
- Planungsverfahren		
- Verfahren beim Erlass der Haushaltssatzung		
- Vorläufige Haushaltsführung		
- Inhalt der Haushaltssatzung	III	
- Bestandteile und Anlagen zum Haushaltsplan	III	
<i>Anmerkung: der Kontenrahmen wird unter 8.1.3 be- handelt</i>		
- Ergebnis und Finanzhaushalt		
- Produktrahmen		
- Teilhaushalte		
- Budgetierung		
- Interne Leistungsverrechnungen		
- Investitionsplanungen unter Berücksichtigung von Folgekosten- und Wirtschaftlichkeitsberechnungen		
Anwendungsfälle für 8.1.7.1 und 8.1.7.2		
8.1.7.3 Haushaltsausgleich, Haushaltsstrukturkonzept		(3)
8.1.8 Bewirtschaftung und Haushaltsvollzug	III	9
- Produkt- und leistungsorientierte Umsetzung der Planung, Haushaltsüberwachung	II	
- Flexible Mittelbewirtschaftung und Übertragbarkeit von Ansätzen		
- Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen		
- Nachtragshaushaltssatzung		
- Unterjährige Liquiditätsplanung	I	
- Berichtspflichten	I	
- Bewirtschaftungsbefugnisse	I	
- Billigkeitsmaßnahmen	I	
Anwendungsfälle		
8.1.9 Örtliche und überörtliche Rechnungsprüfung	I	1
- Abgrenzung		
- Aufgaben		
- Wirkung		

8.1 Staatliche Finanzwirtschaft
für Teilnehmer aus staatlichen Bereichen
- 128 Unterrichtsstunden,
davon 16 für Anwendungsfälle-

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
8.1.1 Zweck und Grundlagen der staatlichen Finanzwirtschaft - Begriff Finanzwirtschaft - Haushaltswirtschaft - Inhalt und Aufgaben - Rechtliche Grundlagen - Phasen der Haushaltswirtschaft – Haushaltskreislauf	II	3
8.1.2 Haushalts- und Finanzplanung der Staates 8.1.2.1 Deckungsmittel des Staates - Verteilung des Steueraufkommens – Finanzausgleich	III II	11
8.1.2.2 Haushaltsgesetz - Bedeutung und Inhalt		
8.1.2.3 Haushaltsplan - Bedeutung / Funktionen des Haushaltsplanes - Inhalt - Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen, Stellen - Aufbau - Haushaltssystematik		
8.1.2.4 Rechtliche Wirkung von Haushaltsgesetz und Haushaltsplan		
8.1.2.5 Das Verfahren der Haushaltsaufstellung		
8.1.2.6 Die Beauftragte für den Haushalt		
8.1.2.7 Mittelfristige Finanzplanung - Bedeutung - Verfahren der Aufstellung - Rechtliche Wirkung		
Anwendungsfälle (insbesondere Haushaltssystematik)		1
8.1.2.8 Vorläufige Haushaltsführung		

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
8.1.3 Haushaltsgrundsätze	III	9
<i>Anwendungsfälle</i>		3
8.1.4 Ausführung des Haushaltsplanes - Haushaltsvollzug	III	8
8.1.4.1 Verteilung der Haushaltsmittel		
8.1.4.2 Bewirtschaftung der Haushaltsmittel und Haushaltsüberwachung - Bewirtschaftungsbefugnis - Bewirtschaftung der Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungsermächtigungen und Stellen		
8.1.4.3 Stundung, Niederschlagung, Erlass	II	
8.1.4.4 Haushaltsvorschriften für das Vergabewesen - Vergabe von Aufträgen nach VOB und VOL	II	
8.1.4.5 Nachforderung von Ausgabemitteln, über- und außerplanmäßige Ausgaben		
8.1.4.6 Anordnung und Feststellung - Kassenanordnungen - Anordnungsbefugnis - sachlich und rechnerische Feststellung		
8.1.4.7 Nachtragshaushalt		
<i>Anwendungsfälle</i>		2
8.1.5 Kassenwesen und Buchführung - allgemeine Grundsätze - Organisation und Zuständigkeiten der Kassen - Buchführung - Arten der Bücher	III	4
8.1.6. Rechnungslegung, Rechnungsprüfung und Entlastung der Staatsregierung - Inhalt - Zuständigkeiten	II	4

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
8.1.7 Vermögen und Schulden	II	6
8.1.7.1 Vermögenswirtschaft, insbesondere - Vermögensnachweis - Erwerb und Veräußerung von Vermögen		
8.1.7.2 Kreditwirtschaft, insbesondere - Begriff und Einteilung der Kredite - Voraussetzungen für Aufnahme und Verwendung von Krediten	II	
8.1.8 Wirtschaftliche Betätigung	II	4
- Umfang und Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung - Staatsbetriebe / Besonderheiten im Haushaltsrecht - Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen		
8.1.9 Neue Instrumente der Haushaltsführung	I	1
8.1.10 Grundlagen des doppischen Haushalts- und Rechnungswesen	II	14
- Rechtliche Grundlagen des NKHR in Sachsen - Finanzhoheit und Finanzverfassung - der kommunale Finanzausgleich in Sachsen - die Finanzausstattung der Gemeinden (die kommunalen Deckungsmittel) - 3-Komponenten-System (Inhalt, Gegenstand, Ziele) - Abgrenzungen zum Handelsrecht - betriebswirtschaftliche Grundlagen des NKHR in Sachsen (u.a. Aufwendungen (insbes. Werteverzehr bei Vermögensgegenständen, u.a. Abschreibungen), Erträge, Einzahlungen, Auszahlungen		
Anwendungsfälle		2
8.1.11 Buchführung im NKHR	II	16
- Inventur (Erst- u. Folgeinventur), Inventar - Bilanz - Buchen auf Bestandskonten - Buchen auf Ergebniskonten (Ergebnisrechnung) - Buchen auf Zahlungskonten (Finanzkonten) in Sachsen (Finanzrechnung) - Organisation der Buchführung, Zahlungsabwicklung (Haupt- und Nebenbuchführung) - Zahlungsabwicklung durch die Kasse		
Anwendungsfälle		4
8.1.12 Bilanzierung		
8.1.12.1 Aktiva	II	6
- Vermögenserfassung und –bewertung (Vertiefung) - Aufbau- und Organisation der Anlagenbuchhaltung - Begriff und Ermittlung der Anschaffungs- und		

	Herstellungskosten nach SächsKomHVO-Doppik		
	- Abnutzung von Vermögensgegenständen, Veränderungen bei der Restnutzungsdauer, werterhöhende Investitionen, (vorzeitige) Beendigung der Nutzungsdauer		
	- Bewertung des Umlaufvermögens		
	- Wertberichtigungen		
	Anwendungsfälle		2
8.1.12.2	Passiva	II	6
	- Rücklagen		
	- Sonderposten		
	- Rückstellungen		
	- Verbindlichkeiten		
	- Rechnungsabgrenzungsposten		
	- Begriff		
	- Erfassung, Auflösung		
	- Bestandsveränderungen		
	- Begründende Sachverhalte		
	- Übersichten zum Anhang des Jahresabschlusses		
8.1.13	Jahresabschluss	II	4
	- Gegenstand und Verfahren der Aufstellung des Jahresabschlusses nach SächsGemO		
	- Bestandteile		
	- Abschluss der Ergebnis- und Bestandskonten, Abschluss der Finanzkonten		
	- Periodenabgrenzung		
	- Sonstige Abschlussarbeiten		
	- Rechenschaftsbericht		
	- Anlagen		
	- Übertragung von Ermächtigungen		
	- Ausblick konsolidierter Gesamtabchluss		
8.1.14	Analyse und Kennzahlen	II	2
	- Analyse der kommunalen Bilanz		
	- Analyse der Ergebnisrechnung und Finanzrechnung		
	- Kennzahlen		
8.1.15	kommunales Haushaltsrecht (in Abgrenzung zum staatlichen Haushaltsrecht)	II	14
	- Haushaltssatzung und Haushaltsplan (Bestandteile und Anlagen, produktorientierte Gliederung)		
	- Aufstellung des <u>produktorientierten</u> kommunalen Haushaltsplanes		
	- Haushaltsgrundsätze (u.a. kommunaler Haushaltsausgleich)		
	Anwendungsfälle		2

8.2 Grundzüge des Steuerrechts
-32 Unterrichtsstunden,
davon 6 für Anwendungsfälle

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
8.2.1 Begriff und Einteilung der Steuern	II	2
8.2.2 Gesetzgebungshoheit, Ertragshoheit und Verwal- tungshoheit über Steuern	II	2
8.2.3 Rechtsgrundsätze der Besteuerung, insbesondere - Beachtung besonderer grundrechtlicher Schranken - Tatbestandsmäßigkeit und Tatbestandsbestimmtheit der Besteuerung - Verbot rückwirkender Besteuerung - Verbot von Steuervereinbarungen	III	3,5
<i>Anwendungsfälle zu den Lehrplanpunkten 8.2.1 bis 8.2.3</i>		<i>0,5</i>
8.2.4 Steuerschuldverhältnis		6,5
8.2.4.1 Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis unter be- sonderer Erörterung der Begriffe „Steuergläubiger“, „Steuerpflichtiger“, „Steuerschuldner“	II	
8.2.4.2 Steuergegenstand, Besteuerungsgrundlage, Steuersatz Steuervergünstigungen, Ermittlung der Steuer am Bei- spiel der Einkommenssteuer	III	
8.2.4.3 Entstehung der Steuer und sonstiger Ansprüche aus dem Steuerschuldverhältnis, insbesondere - Festsetzung der Steuer durch Steuerbescheid (= VA) - Steuererklärungen und Steueranmeldungen - Feststellung der Besteuerungsgrundlagen - Festsetzung von Steuermessbeträgen bei den Realsteuern - Festsetzung der Realsteuern - Festsetzung der übrigen kommunalen Steuern	III	
8.2.4.4 Fälligkeit und Stundung, Aussetzung der Vollziehung	II	
8.2.4.5 Erlöschen von Ansprüchen aus dem Steuerschuldver- hältnis	II	
8.2.4.6 Haftung	I	
<i>Anwendungsfälle</i>		<i>3,5</i>

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
8.2.5 Besonderheiten des Gewerbesteuerschuldverhältnisses	II	7
8.2.5.1 Ertrag als Besteuerungsgrundlage		
8.2.5.2 Festsetzung des einheitlichen Messbetrages nach Ertrag		
8.2.5.3 Das Verfahren über die Zerlegung des einheitlichen Messbetrages		
8.2.5.4 Entstehung, Festsetzung und Erhebung der Steuer		
Anwendungsfälle		1
8.2.6 Besonderheiten des Grundsteuerschuldverhältnisses	II	3,5
8.2.6.1 Arten der Grundsteuer und Besonderheiten bei den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft sowie bei Betriebsgrundstücken		
8.2.6.2 Festsetzung des Messbetrages, insbesondere - Einheitswert, Messzahl, Messbetrag - Ersatzbemessungsgrundlage		
8.2.6.3 Zerlegung	I	
8.2.6.4 Hauptveranlagung, Neuveranlagung, Nachveranlagung	I	
8.2.6.5 Entstehung, Festsetzung und Erhebung		
Anwendungsfälle		0,5
8.2.7 Rechtsschutz in Steuersachen	II	1,5
Anwendungsfälle		0,5

9. Öffentliches Baurecht
-48 Unterrichtsstunden,
davon 5 für Anwendungsfälle-
1 Übungsklausur á 120 Minuten

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
9.1 Überblick über das öffentliche Baurecht	II	2
9.1.1 Rechts- und Gesetzquellen		
9.1.2 Die Baufreiheit und ihre verfassungsrechtliche Begründung		
9.2 Das Recht der Bauleitplanung	III	7
9.2.1 Allgemeines		
9.2.1.1 Aufgabe der Bauleitplanung		
9.2.1.2 Abgrenzung zur überörtlichen Planung		
9.2.1.3 Planungshoheit und –pflicht der Gemeinden		
9.2.1.4 Rechtsstellung des Bürgers		
9.2.2 Arten, Rechtsnatur und Wirkungen der Bauleitpläne		
9.2.2.1 Flächennutzungsplan		
9.2.2.2 Bebauungsplan		
9.2.3 Inhalt der Bauleitpläne		
9.2.4 Überblick über das Aufstellungsverfahren	II	
9.2.5 Überblick über die materiellen Planungsgrundsätze, insbesondere das Abwägungsgebot	II	
9.2.6 Überblick über die Unbeachtlichkeit von Fehlern der Bauleitung	II	
9.2.7 Veränderungssperre und Zurückstellung von Baugesuchen als Instrumente der Sicherung der Bauleitplanung	II	
9.3 Das Verfahrensrecht bei der Zulassung einzelner Vorhaben	III	10

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
9.3.1	Bauaufsichtliche Verfahren		
9.3.1.1	Anwendungsbereich der SächsBO		
9.3.1.2	Begriffsbestimmungen, insbesondere Begriff der baulichen Anlagen		
9.3.1.3	Sachliche Zuständigkeit der Bauaufsichtsbehörde		
9.3.1.4	Arten bauaufsichtlicher Verfahren (verfahrensfreie Vorhaben, Genehmigungsfeistellung, Genehmigungsbedürftigkeit)		
9.3.1.5	Ablauf des Genehmigungsverfahrens, insbesondere - Erforderlichkeit und Behandlung des Bauantrages - Nachbarbeteiligung		
9.3.1.6	Inhalt des Baugenehmigungsbescheides, insbesondere - Nebenbestimmungen - Wirkungen und Geltungsdauer der Baugenehmigung		
9.3.1.7	Vorbescheid und Teilbaugenehmigung		
9.4	Die materiellen Voraussetzungen der Zulässigkeit von Einzelbauvorhaben	III	10
9.4.1	Prüfungsrahmen in Abhängigkeit von der Verfahrensart		
9.4.2	Bauplanungsrechtliche Zulässigkeit		
9.4.2.1	Überblick über die bauplanungsrechtlichen Bereiche und Vorhabensbegriff		
9.4.2.2	Zulässigkeit von Vorhaben im Geltungsbereich eines qualifizierten und eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes - Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung - Möglichkeit von Ausnahmen und Befreiungen von den Festsetzungen eines Bebauungsplanes		
9.4.2.3	Zulässigkeit von Vorhaben im Innenbereich		
9.4.2.4	Zulässigkeit von Vorhaben im Außenbereich		
9.4.2.5	Vorhaben während der Aufstellung eines qualifizierten Bebauungsplanes		
9.4.2.6	Gemeindliches Einvernehmen		

Lerninhalte	Lernzielstufen	Zeitrichtwerte
9.4.3 Bauordnungsrechtliche Anforderungen, insbesondere - allgemeine Anforderungen an das Grundstück und die bauliche Anlage - Abstandsflächen - Stellplätze und Garagen - Abweichungen	II	
9.4.4 Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften	II	
9.5 Bauaufsichtliche Eingriffsmaßnahmen	III	7
9.5.1 Allgemeine Kontrollfunktion und Generalermächtigung		
9.5.2 Baueinstellung		
9.5.3 Baubeseitigung		
9.5.4 Nutzungsuntersagung		
9.6 Rechtsschutz im Baurecht	III	7
9.6.1 Rechtsschutz des Bauherrn		
9.6.2 Nachbarrechtsschutz		
9.6.2.1 Nachbarbegriff und nachbarschützende Normen		
9.6.2.2 Rechtsbehelfe des Nachbarn, insbesondere vorläufiger Rechtsschutz		
9.6.3 Normenkontrollantrag		
9.7 Anwendungsfälle		5

10. Polizei- und Gewerberecht
-58 Unterrichtsstunden,
davon 8 für Anwendungsfälle-
 1 Übungsklausur á 120 Minuten

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
10.1.	Die Struktur des Polizeirechts im Freistaat Sachsen Rechtsquellen im Polizeirecht	II	4
10.1.1	Unterscheidung Polizeibehörden und Polizeivollzugsdienst		
10.1.2	Die Polizeibehörden		
10.1.2.1	Allgemeine Polizeibehörden		
10.1.2.2	Besondere Polizeibehörden (Nennung)		
10.1.3	Der Polizeivollzugsdienst		
10.1.4	Verhältnis der Allgemeinen Polizeibehörden gegenüber der Vollzugspolizei		
10.1.4.1	Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und Polizeivollzugsdienst	I	
10.1.4.2	Vollzugshilfe		
10.1.5	Gemeindliche Vollzugsbedienstete		
10.2.	Maßnahmen der Polizeibehörden und des Polizeivollzugsdienstes	III	28
10.2.1	Zuständigkeit und Aufgaben, insbesondere - Abstrakte und konkrete Gefahrenabwehr - Subsidiaritätsprinzip		
10.2.2	Befugnisse der Polizei zur Abwehr konkreter Gefahren		
10.2.2.1	Polizeiliche Generalklausel nach SächsPBG und SächsPVDG		
10.2.2.2	Einzelmaßnahmen nach SächsPBG und SächsPVDG		
10.2.2.3	Adressaten polizeilicher Einzelverfügungen - Verhaltensstörer - Zustandsstörer - Inanspruchnahme von Unbeteiligten		
10.2.2.4	Unmittelbare Ausführung durch die Polizei		
10.2.2.5	Opportunitätsprinzip und seine Besonderheiten im Polizeirecht		

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
10.2.3		
Rechtsetzung durch Polizeiverordnungen		
10.2.3.1		
Allgemeine Grundsätze		
10.2.3.2		
Inhalt, Formerfordernisse		
10.2.3.3		
Zuständigkeit		
10.2.3.4		
Geltungsdauer		
10.2.3.5		
Eilverordnungen		
10.2.4		
Polizeilicher Zwang (einschließlich Zwangsmittel nach dem SächsVwVG)	II	
10.2.4.1		
Begriff und Mittel des unmittelbaren Zwangs		
10.2.4.2		
Voraussetzungen und Durchführung		
10.2.4.3		
Schusswaffengebrauch		
10.2.5		
Entschädigung	II	
10.2.5.1		
Voraussetzungen		
10.2.5.2		
Inhalt, Art und Umfang		
10.3		
Ordnungswidrigkeiten	II	4
10.3.1		
Begriff Ordnungswidrigkeit		
10.3.2		
Bußgeldverfahren (Überblick)		
10.3.3.		
Bußgeldbescheid (Rechtsnatur und Aufbau)		

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
10.4	Gewerberecht nach Gewerbeordnung	III	6
10.5	Einteilung gewerblicher Tätigkeit und deren Zulassungsvoraussetzungen - stehendes Gewerbe - personenbezogene Erlaubnisse - anlage- und raumbezogene Erlaubnisse - gemischte Erlaubnisse		
10.6	Eingriffs- und Verbotsmöglichkeiten bei gewerblicher und sonstiger beruflicher Betätigung - Untersagung der Fortsetzung erlaubnispflichtiger und erlaubnisfreier Gewerbetätigkeiten - Untersagung sonstiger Gewerbetätigkeiten - Besondere Rücknahme- und Widerrufsmöglichkeiten		
10.7	Gaststättengewerbe nach Sächsischem Gaststättengesetz	III	8
10.7.1	Rechtsgrundlagen und Begriffsbestimmungen des Gaststättengewerbes		
10.7.2	Anzeigepflicht Qualifizierte Anzeige nach SächsGastG (Zuständigkeit, Inhalt, Bestätigung, Verstöße)		
10.7.3	Eingriffs- und Verhinderungsmöglichkeiten Untersagung nach SächsGastG Untersagung nach Gewerbeordnung Selbstständige Anordnungen nach SächsGastG		
10.8	Anwendungsfälle		8

11. Sozialrecht
-40 Unterrichtsstunden,
davon 10 für Anwendungsfälle-
1 Übungsklausur á 120 Minuten

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
11.1	Allgemeines	I	4
11.1.1	Bedeutung und Tragweite der Sozialstaatsklausel		
11.1.2	System der sozialen Sicherung in Deutschland		
11.1.3	Sozialgesetzbuch und seine Bedeutung		
11.1.3.1	Übersicht über die Bücher des SGB		
11.1.3.2	SGB I - Allgemeiner Teil, insbesondere Mitwirkungs- pflichten		
11.1.3.3	SGB X - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdaten- schutz		
11.2	Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)	III	16
11.2.1	Aufgabe und Ziel der Grundsicherung		
11.2.2	Zuständigkeit		
11.2.3	Anspruchsberechtigter Personenkreis		
11.2.3.1	Bedarfsgemeinschaft		
11.2.3.2	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit		
11.2.3.3	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes		
11.2.3.3.1	Arbeitslosengeld II		
11.2.3.3.2	Sozialgeld		
11.2.4	Anreize und Sanktionen		
11.2.5	Einsatz des Einkommens und Vermögens		
11.2.6	Rückforderung von Grundsicherungsleistungen		
	<i>Anwendungsfälle zum SGB II</i>		6

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
11.3	Sozialhilfe (SGB XII)	III	10
11.3.1	Allgemeine Vorschriften		
11.3.1.1	Aufgabe und Nachrang der Sozialhilfe		
11.3.1.2	Träger der Sozialhilfe		
11.3.1.3	sachliche und örtliche Zuständigkeit		
11.3.2	Abgrenzung der Berechtigten nach SGB II		
11.3.3	Leistungen der Sozialhilfe		
11.3.3.1	Grundsätze der Leistungen		
11.3.3.2	Hilfe zum Lebensunterhalt		
11.3.3.3	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung		
11.3.3.4	Sonstige Hilfen (Hilfen nach Kap. 5-9)	II	
11.3.4	Einsatz des Einkommens und Vermögens	III	
11.3.5	Besondere Personengruppen	II	
11.3.6	Ausschluss oder Einschränkung der Leistungen		
11.3.7	Rückforderung der Sozialhilfe		
	<i>Anwendungsfälle zum SGB XII</i>		4

**12. Kommunikation und Mitarbeiterführung,
-40 Unterrichtsstunden-**

Lern- inhalte		Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
12.1	Kommunikation, Gesprächs- und Verhandlungsführung	II	19
12.1.1	Grundlagen Kommunikation und Psychologie		
12.1.2	Rhetorische Grundregeln		
12.1.3	Voraussetzungen erfolgreicher Gesprächsführung, insbesondere - Gesprächsvorbereitung - Gesprächsablauf - Gesprächsnachbereitung		
12.1.4	Hilfreiche Gesprächstechniken trainieren - Argumentationstechniken, -strategien - Fragetechnik - Behandlung von Einwänden - Nutzung rhetorischer Gestaltungs- und Darstellungsmittel		
12.1.5	Sicherung der Methodenkompetenz, insbesondere - Entscheidung für die Erfolg versprechende Gesprächsart - Moderation - Einsatz von Präsentationsmitteln		
12.1.6	Konfliktmindernde Gesprächs- und Verhaltens- techniken - Umgang mit Kommunikationsstörungen - Gesprächshemmer vermeiden - Umgang mit Konflikten, spannungslösendes Handeln		
12.1.7	Gesprächssituationen (Mitarbeitergespräch) im Rol- lenspiel		
12.2	Mitarbeiterführung	III	19
12.2.1	Aufgaben und Ziele einer zukunftsorientierten Mitar- beiterführung		
12.2.2	Umsetzung der Aufgaben und Ziele in Personalorga- nisation/Arbeitsgestaltung und Personalentwicklung		
12.2.3	Führungsanforderungen an den Vorgesetzten, insbesondere an - die Sozialkompetenz und den Arbeitsstil - an Führungsverhalten und Führungsstil - an den flexiblen Einsatz der Führungsmittel		

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
12.2.4 Führungsmittel, insbesondere: <ul style="list-style-type: none"> - Zielvereinbarungen, Leistungs- und Führungs- beurteilung - Motivation, Schaffung von Leistungsanreizen (Sozialkompetenz) - systematische Entscheidungsfindung - Methodenkompetenz durch kooperativen Führungsstil - Konfliktmanagement 		
<i>Abschließende komplexe Anwendungsfälle</i>		2

13. Simulation der mündlichen Prüfungen -14 Unterrichtsstunden-

Lern- inhalte	Lernziel- stufen	Zeitricht- werte
Simulation der mündlichen Prüfungen Grundlage der Kommunikation, Aufbau des Aktenvortra- ges, freie Rede Art und Weise der Umsetzung in Verantwortung der Bil- dungsträger	III	14

Übergangsregelung

Die Fortbildungsprüfung zum Verwaltungsfachwirt/zur Verwaltungsfachwirtin wird erstmalig im Herbst/Winter 2021/2022 auf Grundlage dieses Lehrplanes durchgeführt. Fortbildungsprüfungen vor diesem Prüfungstermin erfolgen auf Grundlage des Lehrplanes für die Fortbildungsprüfung zur Verwaltungsfachwirtin / zum Verwaltungsfachwirt vom 1. September 2014.

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Dieser Lehrplan tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Vorbehaltlich der Übergangsregelung tritt der Lehrplan der Landesdirektion Sachsen zur Vorbereitung auf die Fortbildungsprüfung zur Verwaltungsfachwirtin/zum Verwaltungsfachwirt in der Fassung des Lehrplanes der Landesdirektion Leipzig vom 1. September 2014 außer Kraft.

Leipzig, 12. März 2020

Landesdirektion Sachsen

Dr. Grit Schütz
Referatsleiterin Aus- und Fortbildung, Prüfungsangelegenheiten